N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 31.01.2023

öffentlich

Ort:	**Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),**
Zeit:	**17:01 Uhr bis 18:47 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Claudia Schmidt	Ausschussvorsitzende, CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:40 Uhr
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 17:17 Uhr
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner
Friedrich Lembert	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Tarik Kutlovac	Sachkundiger Einwohner
Grit Michelmann	Sachkundige Einwohnerin
Jan Riedel	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Annika Seidel-Jähnig	Referentin im Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Christian Hiepe	Leiter Abteilung Schulen
Susanne Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Michael Gerstner	Bildungsmanager
Tobias Strauß	Leiter Team Elektrotechnik
Uta Rylke	Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Ausschussvorsitzenden, **Frau Schmidt**. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht. **Frau Schmidt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.01.2023

4. Beschlussvorlagen

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6. Mitteilungen

6.1. Bericht zu den Ergebnissen des Bildungsgipfels und Diskussion der Handlungsbedarfe in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05125

6.2. Bericht zur Arbeit des Bildungsbeirates "Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung"
Vorlage: VII/2023/05124

6.3. Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2023/05148

7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Anregungen

9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der

10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.01.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.01.2023, sodass diese bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 4 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen gab es nicht.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Bericht zu den Ergebnissen des Bildungsgipfels und Diskussion der Handlungsbedarfe in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05125

Frau Brederlow informierte kurz über den Bildungsgipfel.

Besprochen wurden beispielsweise Themen, wie die zu besetzenden 1000 Lehrerstellen und die 350 Stellen für zusätzliches Personal. Ein weiteres Thema war die Eingruppierung der Grundschullehrerinnen und Lehrer. Zudem soll die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Horte in den Grundschulen möglich sein. Weiterhin wurde der Ganztagsschulausbau der Grundschulen besprochen. Das Model der Lehrerausbildung soll ebenfalls verändert werden. **Frau Brederlow** nannte als weitere Themen den Einsatz schwangerer Lehrerinnen sowie Langzeiterkrankungen. Ein landesweites Diskussionsthema dürfte die sogenannte Vorgriffsstunde sein.

Einige der Themen, wie beispielsweise die Ganztagsbetreuung an Grund- und Förderschulen müssen für die Stadt Halle (Saale) speziell erörtert werden.

Frau Dr. Burkert sagte, dass die Schülerinnen und Schüler durch 2 Jahre Corona viel Unterrichtsstoff nicht erlernen konnten. Sie fragte, ob dies ebenfalls ein Diskussionsthema beim Bildungsgipfel war. Sie merkte an, dass gerade in den Abiturklassen ein bestimmter Stoffumfang vermittelt werden muss. Sie fragte, ob die Abiturprüfungen angepasst werden.

Frau Brederlow sagte, dass dies kein Thema war. Sie sagte, dass hauptsächlich strukturelle und politische Themen besprochen wurden.

Herr Slowig sagte, dass es auch in diesem Jahr Erleichterungen bei den Abiturprüfungen geben wird, beispielsweise Zeitverlängerungen.

Herr Schachtschneider bezog sich auf das Beschäftigungsverbot schwangerer Lehrerinnen und fragte, wie die fehlenden Stunden abgedeckt werden. Er fragte, ob die Vertretung dann den Ausgleich zur E13/A13 erhält.

Frau Brederlow sagte, dass das Gesundheitsministerium vorrangig zuständig ist. Sie sagte, dass auf Grund der entspannten Pandemielage nicht mehr mit vielen Beschäftigungsverboten zu rechnen ist. Sie merkte an, dass die Gehaltsstruktur in den Kommunen anders als im Land ist.

Sie sagte, dass Kommune und Land im Hinblick auf Ganztagsgrundschule stark zusammenarbeiten werden.

Herr Frolow sagte, dass der Ganztagsanspruch ab 01.01.2026 im SGB VIII verbindlich geregelt ist.

Frau Ranft fragte, wie der Ganztagsanspruch definiert wird.

Frau Brederlow sagte, dass ein Anspruch von 8h täglich besteht.

Herr Scherer warnte davor, auf Beschäftigungsverbote gänzlich zu verzichten. Er fragte, ob das Personalbudget der einzelnen Schulen besprochen wurde. Er wollte wissen, ob es hinsichtlich der Lehrerausbildung Pläne für die Universität Halle gibt.

Frau Brederlow sagte, dass bei der Uni Halle Überlegungen zur inhaltlichen Studiumsveränderung laufen. Die Anwärterausbildung soll nur in Magdeburg stattfinden. Sie merkte an, dass Stellenbesetzungen im Schulbereich durch das Land mit denen der Stadt konkurrieren.

Herr Heym sagte, dass viel Unterricht ausfällt. Er bezog sich auf das Dokument zum „Schulfrieden“ und fragte, ob es Erfahrungen zum Präventionstag gibt.

Frau Brederlow sagte, dass Präventionstage in den Schulen stattgefunden haben.

Frau Michelmann fragte, ob sich die Landesregierung zum Thema Schwerpunktschulen geäußert hat. Sie wollte wissen, ob damit zu rechnen ist, dass ein nächster Bildungsgipfel bereits Handlungsmöglichkeiten für die Stadt sicherstellt.

Frau Brederlow sagte, dass dieses Positionspapier aus der Stadtverwaltung ein Angebot an den Bildungsausschuss darstellt. Sie sagte, dass in der kommenden Woche ein Termin mit Frau Ministerin Feußner geplant ist, wo diese speziellen Themen, auch im Hinblick auf die Rahmenbedingungen der Schulen nochmals besprochen werden.

Frau Schmidt fragte, welche Priorität das Thema Ganztagsschulen für die Stadtverwaltung hat und um welche Modellschulen es sich handeln wird und ob bereits Gespräche mit den jeweiligen Schulen und Horten stattfinden.

Frau Brederlow sagte, dass die Ganztagsbetreuung an den Förderschulen in Angriff genommen werden muss. Außerdem laufen bereits Gespräche mit den Modellschulen und den Horten. Sie sagte, dass die Modellschulen frühestens im nächsten Ausschuss genannt werden können.

Herr Scherer fragte, ob Inklusion ein Thema war.

Frau Brederlow sagte, dass lediglich der Hinweis gegeben wurde, dass es bei freien Trägern entsprechende Modelle gibt.

Herr Schiedung fragte, ob es Aussagen hinsichtlich des Erhalts der Schulstandorte gegeben hat und die Verordnung nicht doch mal überarbeitet werden sollte.

Frau Brederlow sagte, dass die Verordnung kein Thema war.

Herr Lembert bezog sich auf die Digitalisierung an Schulen und sagte, dass es eine Initiative vom Land zur Verstätigung des DigitalPakts geben sollte, wofür der Bund die Kosten übernimmt. Im Zuge dessen sollte die Stadt Halle (Saale) einen Zugang zur Deutschland-Cloud erhalten. Er wollte im Hinblick auf die Sprachförderung wissen, ob ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr eingeführt werden könnte.

Frau Brederlow antwortete, dass Bund und Land gerade hinsichtlich der Digitalisierung in der Diskussion stehen. Sie sagte, dass das Vorschuljahr in diesem Bildungsgipfel keine Rolle spielte. Die Regelung zum Vorschuljahr müsste im Land getroffen werden. Sie informierte, dass derzeit, gemeinsam mit einem Träger nach einer Lösung gesucht wird Kinder mit Migrationshintergrund, wo ein erhöhter Sprachförderbedarf besteht, schneller in Kitas zu vermitteln.

Herr Dr. Wend fragte, ob es möglich wäre, von den geplanten 350 Vollzeitstellen an Schulen, wo es notwendig ist, Schulsozialarbeiterstellen zu besetzen.

Frau Brederlow sagte, dass das Geld für die Stellen nicht der Stadt, sondern den Schulen zur Verfügung gestellt wird.

Herr Dr. Wend fragte, warum das Positionspapier der Geschäftsführer der Stadtwerke unterzeichnet hat.

Frau Brederlow antwortete, dass das Positionspapier in der Stadtverwaltung erarbeitet wurde. Dieses wurde Personen vorgelegt mit der Frage, was diese vom Positionspapier halten. Der Chef der Stadtwerke sprach sich dafür aus und war bereit, dieses ebenfalls zu unterzeichnen.

Herr Dr. Wend fragte, ob der Bildungsausschuss über das Positionspapier votieren wird.

Frau Brederlow sagte, dass lediglich über einzelne Positionen des Papiers diskutiert werden sollte.

Herr Slowig sprach sich für das Positionspapier aus. Er sprach sich gegen einige Beschlüsse des Bildungsgipfels aus, beispielsweise bei langzeiterkrankten die Amtsarzttermine zu beschleunigen. Er sagte, dass die Signale des Bildungsgipfels bereits

verheerende Auswirkungen an den Schulen gezeigt haben. Er sagte, dass in Zerbst bereits Kollegen kündigten. Er regte an, an der Protestkundgebung am 14.02.23 teilzunehmen.

Frau Ranft fragte ob ein Systemwechsel angedacht ist, wo beispielsweise der polytechnische Unterricht wiedereingeführt oder der Zugang zum Gymnasium erschwert wird.

Frau Brederlow sagte, dass die Schulstruktur nicht verändert werden soll. Sie sagte, dass die Thematik, wie eine Bildungsinfrastruktur aussehen könnte, nicht besprochen wurde. Sie sagte, dass der Eindruck entstand, dass Themen, welche im Koalitionsvertrag vermerkt sind, Beachtung finden sollen, beispielsweise Horte.

Frau Dr. Brock-Harder sagte, dass eine Beschlussvorlage eingebracht werden müsste, wenn der Ausschuss über die einzelnen Punkte entscheiden soll.

Frau Brederlow sagte, dass eine Beschlussfassung im Ausschuss nicht vorgesehen ist.

Frau Dr. Brock-Harder wollte sie wissen, warum nur an den Sekundarschulen der polytechnische Unterricht eingeführt werden soll.

Weiter sprach sie zur Zusammenlegung der Lehramtsstudierenden, wo nicht mehr zwischen Sekundarbereich und Gymnasium unterschieden werden soll. Sie hinterfragte, ob dies nicht eher dazu führen würde, dass es weniger Sekundarschullehrende gäbe. Sie sagte, dass die Möglichkeit geboten werden sollte, das berentete Lehrkräfte bei Bedarf noch einige Stunden wöchentlich unterrichten können. Sie fragte, ob diese Überlegung erfolgte.

Frau Brederlow sagte, dass der Vorschlag aufgegriffen wird, da es dazu bisher keine Überlegungen gegeben hat. Die Überlegungen zum Lehramtsstudium müssen diskutiert werden. Sie nannte Gründe, warum bei der Einführung des polytechnischen Unterrichts vorrangig an die Sekundarschulen gedacht wurde.

Herr Riedel nahm ebenfalls Stellung zum Bildungsgipfel und sagte, dass vielen Themen noch nicht abschließend besprochen sind, da viele Fragen noch offen sind.

Herr Heym sagte, dass nicht Sinn der Politik ist, dass Teilnehmer enttäuscht und wütend von einem solchen Bildungsgipfel zurückkehren. Er sagte, dass die Betroffenen dadurch noch mehr demotiviert werden.

Herr Lange sprach sich für polytechnischen Unterricht aus. Er sagte, dass das Signal an das Land gegeben werden muss, dass vorhandene und eingesparte Gelder aufgrund von Lehrermangel den Schulen zugutekommen müssen, beispielsweise für Schulsozialarbeit.

Frau Schmidt regte an, das Positionspapier in den Fraktionen zu besprechen und ein solches nicht wieder im Ausschuss oder Stadtrat beschlossen, sondern als Impuls aufgegriffen werden sollte.

Frau Ranft sagte, dass geklärt werden sollte, ob der Ausschuss bzw. der Stadtrat das Positionspapier unterzeichnet.

Herr Lange schlug vor, das Positionspapier in kleiner Runde bzw. der AG SEPL zu besprechen, in die Fraktionen zurückspiegeln und dann einen Antrag zu stellen, dass der Ausschuss das Papier ebenfalls unterzeichnen soll.

Frau Brederlow sprach sich dafür aus. Sie sagte, dass auch IHK, Handwerkskammer und Schulleitungen der Stadt beteiligt werden könnten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Bericht zur Arbeit des Bildungsbeirates "Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung"
Vorlage: VII/2023/05124

Herr Gerstner informierte anhand einer Präsentation zu den Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Heym sagte, dass der Fachkräftebedarf auch eine große Chance für junge Leute bietet und dass die Kommunikation hinsichtlich der Angebote entsprechend besser ausgebaut und betont werden sollten.

Herr Slowig sagte, dass Servicelearning ausgeweitet werden soll und berichtete über Erfahrungen und Aktivitäten an seiner Schule. Er fragte, ob die Stadt die Schule dabei unterstützen würde, damit das Fach ein Abiturfach werden könnte.

Frau Brederlow sprach sich dafür aus.

Frau Michelmann fragte, warum die Kirchen nicht involviert sind.

Herr Gerstner sagte, dass der Stadtrat über die Zusammensetzung des Beirates entschieden hat.

Herr Scherer sagte, dass die soziale Ausbildung wenig Beachtung findet. Er sagte, dass klar sein muss, mit welchem Personal die entsprechenden Angebote durchgeführt werden sollen.

Frau Brederlow sagte, dass der Bildungsbeirat lediglich Handlungsempfehlungen gibt. Die jeweilige Umsetzung liegt in der Zuständigkeit der Stadt. Sie merkte an, dass sich die Fachkräfteallianz mit den von Herrn Scherer genannten Themen beschäftigen wird.

Herr Schiedung sagte, dass Schwerbehinderte in der Arbeitswelt immer noch benachteiligt werden und es für diese schwer ist, eine Anstellung zu finden. Er sagte, dass diese Thematik verbessert werden muss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen,

zu 6.3 Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2023/05148

Herr Scherer sagte, dass einige Schulen durch Fördermittel bis 2024 neu verkabelt werden sollen. Er wollte wissen, ob die Gefahr besteht, dass Fördermittel nicht ausgeschöpft werden können, weil die Baumaßnahmen nicht rechtzeitig fertig gestellt werden.

Herr Strauß sagte, dass die Baumaßnahmen bis Ende 2023 fertiggestellt sein sollen, damit bis zum Jahr 2024 ein gewisser Puffer besteht. Derzeit bestehen keine Bedenken, dass Fördermittel nicht ausgeschöpft werden können.

Herr Schiedung bezog sich auf die Grundschulen Am Kirchteich und Salzmannschule und sagte, dass die Baumaßnahmen im 3. Quartal 2023 beginnen sollen. Der Ausweichstandort Dölauer Straße ist jedoch erst auf 3. Quartal 2025 beziffert.

Frau Schultze sagte, dass es sich um einen Schreibfehler handelt. Sie merkte an, dass es nicht 2025 sondern 2024 heißen soll. Sie informierte, dass der gleiche Schreibfehler bei der Ottostraße passiert ist.

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die Grundschule Ottfried Preußler und dass es am vergangenen Wochenende zu einem Einbruch gekommen ist. In den Herbst- und Winterferien sollte lauf Bericht der Einbruchmelder eingebaut werden. Sie fragte nach dem Stand.

Zudem sagte sie, dass im Gestaltenraum Putz von der Decke fiel. Sie fragte, ob dies der Verwaltung bekannt ist und Sicherungsmaßnahmen in den Winterferien erfolgen könnten.

Frau Schultze antwortete, dass in den Winterferien sowohl die Brandmeldeanlage als auch die Einbruchmeldeanlage installiert werden. Der herabfallende Putz war der Verwaltung bisher nicht bekannt. Sie sagte, dass am nächsten Tag die Schulleitung zu einem Gespräch geladen wurde, wobei der herabfallende Putz Thema sein wird.

Weiter fragte **Frau Dr. Burkert** zur Hans-Christian-Andersen Schule und sagte, dass wohl Magnettafeln für die Räume gewünscht werden. Sie fragte, ob eine Umsetzung erfolgt und erkundigte sich nach dem Stand.

Frau Schultze sagte, dass der Wunsch für die Ausschreibung aufgenommen wird.

Herr Schachtschneider bezog sich auf den DigitalPakt und sagte, dass 1400 Interaktions- und Anzeigegeräte beschafft werden müssen. Er fragte, ob der zeitliche Rahmen im Hinblick auf die Baumaßnahmen realisierbar ist.

Frau Schultze sagte, dass die Ausschreibungen für die Schulbaumaßnahmen im Sommer bereits vorbereitet sind. Sobald die Mittelfreigabe des Haushalts vorliegt, werden diese veröffentlicht. Derzeit sind keine Lieferschwierigkeiten bekannt.

Herr Hemming bezog sich auf Seite 26 und sagte, dass das Hauptgebäude der Grundschule Am Fliederweg im ersten Quartal fertiggestellt werden soll. Er fragte, ob es sinnvoll ist, dass die Schule mitten im Halbjahr umziehen wird.

Frau Schultze sagte, dass reger Austausch mit dem Schulleiter stattfindet und der Umzug als Projektwoche vor den Osterferien stattfinden soll.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Frau Dr. Burkert Allgemeinverfügung Masern

Frau Dr. Burkert sagte, dass im Saalekreis eine Allgemeinverfügung für Masern eingeführt wurde, wonach Schulen verpflichtet werden, Personal und Schüler zu melden, welche nach 1970 geboren und nicht ausreichend Maserngeimpft sind. Sie fragte nach dem Stand in Halle (Saale).

Frau Brederlow sagte, dass ein Artikel im Amtsblatt veröffentlicht wurde.

zu 7.2 Herr Scherer zur Pausensituation an der Dreyhauptschule

Herr Scherer fragte, ob es neue Erkenntnisse zu den Pausenzeiten gibt.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadtverwaltung keine Information zur Pausensituation hat. Sie sagte eine Prüfung zu.

zu 7.3 Herr Hemming zur Mobilität bei hör- und sehbehinderten Schülerinnen und Schüler

Herr Hemming fragte, ob es eine Darstellung zur Barrierefreiheit an Schulen gibt.

Herr Heinz sagte, dass eine interne Schulbaurichtlinie zusammengefasst wird. Er sagte, dass möglicherweise im Mai 2023 konkret berichtet werden kann.

zu 7.4 Herr Hemming zu Förderschulen

Herr Hemming fragte nach dem Stand der Aufhebung der Schulbezirke für Förderschulen.

Frau Brederlow sagte, dass im Rahmen der Schulentwicklungsplanung eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht wird.

zu 7.5 Frau Schmidt zu BNE-Modellkommune

Frau Schmidt sagte, dass bisher noch keine Aktivitäten des Projekts bekannt sind und fragte, was im Rahmen des Projekts passieren wird und inwieweit es einen zuständigen Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung geben wird.

Frau Brederlow sagte, dass Herr Gerstner zuständig ist und schlug vor, in einem der nächsten Ausschüsse einen entsprechenden Bericht einzubringen.

zu 7.6 Herr Schiedung Nachfrage zu offener Frage Ammendorf/Süd

Herr Schiedung fragte zum Stand der Beantwortung.

Frau Brederlow sagte eine Prüfung zu.

zu 7.7 Herr Scherer zur Preisentwicklung bei Schulspeisung

Herr Scherer fragte, ob eine Mitteilung zur Preisentwicklung bei Schulspeisungen eingebracht werden kann.

Herr Frolow sagte dies zu.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Herr Heym zur Verkehrssituation in Liebenauer Straße als Unfallquelle

Herr Heym regte an, Kontakt mit der Polizei aufzunehmen, um Vorortkontrollen an der Schule auch während des Schuljahres durchzuführen, um entsprechende Unfälle mit querenden Kindern zu vermeiden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Schmidt erinnerte an die gemeinsame Sondersitzung des Bildungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses zum Thema Jugendkriminalität am 16.02.2023 in der Ulrichskirche und bat anschließend um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt	Uta Rylke
Ausschussvorsitzende	stellvertretende Protokollführerin